

Die Banken in den ersten vier Kriegsjahren.

Die nachstehenden Ausführungen bilden den wichtigsten Teil einer Denkschrift, die vor einiger Zeit einer hochstehenden Persönlichkeit überreicht wurde. Da durch die Schaffung des „Neuen Abend“ nun wieder die Möglichkeit geboten ist, kritische Gedanken über das Bankwesen nicht nur einem geistvollen und vorurteilslosen Manne, sondern der Öffentlichkeit mitzuteilen, so sei von der lang entbehrten Gelegenheit Gebrauch gemacht, ohne Angst, die Pflicht der Diskretion zu verletzen, denn der Empfänger der Denkschrift hatte die Güte, zu bedauern, daß es — damals — unmöglich war, die Ziffern und was sie lehren, vor die Öffentlichkeit zu bringen. Seine tiefe Einsicht ließ ihn erkennen, daß es für das öffentliche Wohl, aber auch für die Banken notwendig ist, das Übermaß der Ausschreitungen durch offene Erörterung einzudämmen. Indem sich die Banken das Lob oder zumindest das Schweigen der Presse sichern, erkaufen sie das augenblickliche Wohlbehagen ihrer Leiter mit den schwersten Schädigungen ihrer Grundlagen und der ernstesten Bedrohung ihrer Zukunft; die unabhängige Kritik mag unbequem sein, das bezahlte Lob ist schädlich.

Mit Weglassung der Stellen, die sich auf die Unterdrückung der Kritik bezogen haben, lauteten die Ausführungen wie folgt:

Tiefgehende soziale Unruhe hat nicht nur die Kreise erfasst, die man mit einer nicht mehr zutreffenden Einschränkung „proletarisch“ zu nennen pflegt, sondern reicht bis weit hinauf in den Mittelstand, sowohl in die selbstständig erwerbenden Schichten wie zu den Festangestellten ohne Ausnahme. Nicht nur das Mißverhältnis zwischen dem Einkommen und den Kosten der Lebenshaltung ist daran Schuld; unter den Ursachen dieses Zustandes eine der wichtigsten ist die steigende, anscheinend durch nichts eingeschränkte Macht des Finanzkapitals. Zusehen zu müssen, wie diese Macht durch die unheimliche Vermehrung der eigenen und fremden Geldmittel in den Bankkassen und die Umgestaltung und Vermehrung einflussreicher Beziehungen unaufhaltsam gesteigert wird, trägt vielleicht mehr als die schwersten Entbehrungen dazu bei, die Gemüter zu bedrücken und das Durchhalten schwer zu machen. Nicht Neid bewirkt dies, sondern Angst, denn zufolge der wachsenden Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den politischen und sozialen, weiß man, daß das Finanzkapital, indem es immer mehr und mehr die Hand auf die großen und mittleren Industrien legt, die Erhöhung der Preise der Industrieerzeugnisse fast schrankenlos in der Hand hat. Und da jede Preissteigerung der Industrieerzeugnisse mittelbar oder unmittelbar auch zur Sinauffegung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und somit zur weiteren Verschärfung der Daseinsbedingungen führen muß, ist mehrfach und fast unerträglich der Tribut, den der Staat und jeder einzelne dem Finanzkapital entrichten muß.

Die von den Wiener Banken (mit Ausnahme der Oesterreichisch-ungarischen Bank) verwalteten eigenen und fremden Gelder betragen Ende des Jahres 1917 vierzehntausend Millionen (genau 14.560,050.922) Kronen.

Über diesen gewaltigen Betrag und damit über den Geldbedarf im Staatswesen und im Erwerbsleben, sohin auch über das wirtschaftliche Wohl und Wehe der Monarchie verfügen etwa sechzig Verwaltungsräte und Direktoren, ohne daß sie irgendwelcher anderen Verantwortlichkeit als der ihres eigenen Gewissens unterständen; ein solcher Zustand muß wohl in einer Zeit, die für jede öffentliche Gewalt bis zu den höchsten hinauf den Grundsatz der Kontrolle und Verantwortlichkeit verwirklicht hat, als befremdender Ausnahmezustand empfunden werde und Besorgnis erregen. Es ist bezeichnend, daß in einer der letzten Sitzungen des Wiener Gemeinderates ein angesehenes konservatives Mitglied der Mehrheit unter Zustimmung seiner Parteigenossen sagen durfte: „Die Geduld der Bevölkerung geht über das menschliche Begreifen und wenn die Regierung will, daß die Bevölkerung durchhält, so muß sie den Beweis liefern, daß in diesem Staate Gerechtigkeit herrscht, daß sich nicht auf der einen Seite nur Reichtümer ansammeln, auf der anderen Seite Not und Elend und nichts anderes entstehen könne.“

Sucht man Beweise für die Richtigkeit dieses Empfindens, so findet man sie durch Vergleichung des Zustandes der Banken unmittelbar vor dem Kriege und wie er sich aus den Rechnungsabzählungen für 1917 im Höhepunkte der Kriegsgelegenheiten ergibt.

Die Zusammenstellung bezieht sich auf folgende Banken: A. K. priv. österr. Kreditanstalt für Handel und Gernerbe; K. K. priv. allgemeine österr. Bodenkreditanstalt; Anglo-österreichische Bank; Wiener Bankverein; K. K. priv. österr. Länderbank; Unionbank; Niederösterreichische Eskomptegesellschaft; K. K. priv. allgemeine Verkehrsbank; Bank- und Wechselstubengeschäft „Merkur“; Depositenbank; Wiener Kommerzbank; Industrie- und Handelsbank; Lombard- und Eskomptebank; Zentralbank österreichischer Sparkassen.

Das Aktienkapital dieser vierzehn Banken hat im Jahre 1913 884 Millionen Kronen betragen; im Jahre 1917 war es 1119 Millionen Kronen; es ist sohin um 235 Millionen, auf 126½ v. S. gestiegen.

Die Reserven stiegen von 395.197 Millionen auf 598.480 Millionen, sohin um 201.283 Millionen, auf 150,6 v. S.

Das gesamte eigene Vermögen der vierzehn Banken ist sohin von 1.281.197 auf 1.617.481 Millionen, das ist um 436.283 Millionen, auf 141,7 v. S. gewachsen.

Daß die unausgesetzte und übermäßige Verstärkung der offenen und heimlichen Rücklagen schon längst nicht mehr der Sicherung der Dividenden, sondern der Mehrung des Bankvermögens und dadurch des Einflusses dient, zeigt mit zwingender Klarheit die Tatsache, daß die offenen Rücklagen bei der K. K. priv. Bodenkreditanstalt bei einem Aktienkapital von 60 Millionen 156¾ Millionen = 261¼ v. S., bei der Kreditanstalt bei einem Aktienkapital von 170 Millionen 120 Millionen = 70 v. S. betragen, also sicherlich weit mehr, als was sachungs- und erfahrungsgemäß zur Ergänzung der Dividende auf 5 v. S. jemals erforderlich werden könnte.

(Fortsetzung folgt.)